

Ekkehard Lieberam:

Niedergangsanalyse - Der versteckte Sozialismus Abschied von der Systemopposition. Über die Niederlage der Linkspartei bei der Bundestagswahl

Wir dokumentieren im folgenden eine Rede, die Ekkehard Lieberam am 30. Oktober 2021 auf der Jahreskonferenz der Kommunistischen Plattform der Partei Die Linke Thüringen in Erfurt gehalten hat. (jW)

Die Lage nach den Bundestagswahlen ist aus verschiedenen Gründen für uns ernst: Die Linke ist eine andere Partei geworden. Die Linken in der Linkspartei müssen sich eindringlich fragen lassen, was für eine Zukunft sie noch haben. Als systemoppositionelle Kraft hat sich die Partei weitgehend verabschiedet. Als Bundestagspartei hat sie kaum noch eine Perspektive. Diese Doppelkrise ist so sowohl eine Krise ihrer veränderten Existenzweise als auch ihrer Existenz als Bundestagspartei. Sie resultiert nicht primär aus Schwächen ihrer Führung, sondern hat strukturelle Gründe. Sie tritt vor allem in Erscheinung als Kluft zwischen den programmatischen Grundsätzen ihres Erfurter Programms von 2011 und ihrer tatsächlichen Politik.

Wir befinden uns im übrigen inmitten einer absurden Situation: Diejenigen, die die Niederlage bei der Bundestagswahl am 26. September 2021 zu verantworten haben, blockieren die Debatte über deren Ursachen. Und es gibt in der Partei nur sehr wenig Protest gegen diese – sagen wir es im Klartext – Dreistigkeit.

Vermeintlicher Neustart

Angesagt ist nach der ersten Fraktionssitzung in Berlin und der Klausurtagung der Fraktion in Leipzig am 27. und 28. Oktober 2021 personelle und inhaltliche Kontinuität. Dietmar Bartsch und Amira Mohamed Ali sind als Vorsitzende der Bundestagsfraktion wiedergewählt worden. Stellvertreter sind nunmehr Susanne Ferschl, Gesine Löttsch, Nicole Gohlke und Ali Al-Dailami. Damit wird das »Hufeisenbündnis« von »Reformern« und Anhängern von Sahra Wagenknecht fortgesetzt. Inhaltlich nannte Dietmar Bartsch auf der Klausurtagung in Leipzig fünf Schwerpunkte für die zukünftige politische Arbeit: soziale Sicherheit, Steuergerechtigkeit, wirksame Klimapolitik, Alltagsprobleme und konsequente Friedenspolitik. Das ist nicht falsch, aber unbestimmt und dunkel, weil in keiner Weise verbunden mit gesellschaftsstrategischen Überlegungen und der Kritik der politischen Defizite der letzten Monate und Jahre in diesen Politikbereichen.

Die Führungsspitze der Linkspartei hat die Wahlen verweigert, aber schuldig an der Niederlage sind nach ihrem Verständnis weder sie selbst noch ihre Wahlstrategie der Orientierung auf »Rot-Rot-Grün«. Die Führung der Partei handelt nach der Devise: Wir machen weiter so, bleiben bei dem Kuschelkurs mit SPD und Grünen, harmonisieren die Kommunikation zwischen Parteivorstand und Fraktion, geben »Nörglern und Meckerern« keinen Raum und nennen das Ganze »Neustart«.

Wie 2002, aber doch anders

Es gibt viel Ähnlichkeit zur Niederlage der PDS bei den Bundestagswahlen 2002. Aber die aktuelle Krise ist noch auswegloser. Die PDS erhielt damals 4,0 Prozent der Stimmen. Ihr Wahlkampfleiter Dietmar Bartsch hatte sich im Wahlkampf für die Wahl von Gerhard Schröder zum Bundeskanzler ausgesprochen. Die Partei zog mit nur zwei Direktmandaten in den Bundestag ein. Ihre führenden Politiker lehnten damals jede Schuld für dieses Desaster ab.

Aber grundlegende Unterschiede sind nicht zu übersehen. Eine günstige Ausnahmesituation in der linken Parteigeschichte stoppte damals den Anpassungstrend. Die PDS-Führung selbst war gespalten. Ihr offensiv auf Regierungsbeteiligung setzender Teil geriet in die Defensive. Dessen Versuch, Roland Claus gegen Gabriele Zimmer auf dem Geraer Parteitag im Oktober 2002 zum Vorsitzenden zu machen, scheiterte. Es entstand spontan eine

breite Protestbewegung in der Partei, die den Verantwortlichen für die Niederlage die Leviten las. Auf dem Parteitag benannte die mit 70 Prozent gegen Roland Claus (30 Prozent) wiedergewählte Gabriele Zimmer das damalige (und heutige) Grundproblem der Krise: »Eine zweite sozialdemokratische Partei in Deutschland brauchen wir nicht.«

Profilierte Genossinnen und Genossen mit marxistischem Hintergrund in der Bundestagsfraktion (Uwe-Jens Heuer und Winfried Wolf), aber auch unter den mittleren Funktionsträgern traten dem Anpassungskurs in der Partei entschieden entgegen. Teile der Mitgliederbasis und eine damals noch vorhandene postsozialistische Subkultur vor allem im Osten (etwa zwei Millionen Menschen) signalisierten ihren Unmut. Entscheidend aber war: Die zwei Jahre später aufkommende breite soziale Bewegung gegen die Agenda 2010 und Hartz IV führte über die Bildung der linken Wahlalternative Soziale Gerechtigkeit (WASG) im Juni 2007 und deren spätere Vereinigung mit der PDS zu einer neuen Partei mit deutlich sozialistischem und systemoppositionellem Profil. Die neu entstandene Partei Die Linke gab sich Ende 2011 mit dem Erfurter Programm eine Handlungsorientierung, die unter anderem mit der Einschätzung des Klassencharakters der Gesellschaft, mit der Orientierung auf die Veränderung der Macht- und Eigentumsverhältnisse und auf den Umbruch der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse als wichtigstem strategischen Weg zu einem politischen Richtungswechsel bedeutsame marxistische Grundsätze enthielt.

Geschichtsvergessen

Diesmal erfolgte (zumindest bisher) keine ernsthafte Debatte innerhalb der Partei: weder über die gesellschaftsstrategische Fehlorientierung noch über die zahlreichen Fehler während des Wahlkampfs. Es gab auch keine allgemeine Empörung über das inhaltliche und personelle »Weiter so« der Führungsspitze. Die Verantwortlichen für die Niederlage haben diesmal das Heft fest in der Hand. Ihre Hegemonie wackelt nicht. Nicht zu übersehen ist allerdings, dass der Ältestenrat unter Hans Modrow, einige linke Zusammenschlüsse und einzelne Genossinnen und Genossen sich sehr kritisch zur Politik der Führungsspitze der Partei äußern. Die Qualität eines linken Flügels aber hat das bis jetzt nicht.¹

Die geschichtlichen Erfahrungen mit Anpassungstrends bei linken Parteien spielen in den Diskussionen innerhalb der Führung wie bei den linken Zusammenschlüssen innerhalb der Partei kaum eine Rolle. Vergleiche mit 2002 sind selten, ebenso Hinweise auf Parallelen zur Anpassungsgeschichte der SPD mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten 1914 und zur Wandlung der systemoppositionellen Grünen seit den 1980er Jahren von einer Friedenspartei hin zu »Atlantikern«, die sich heute mit der Forderung, Nord Stream 2 zu verhindern, als besonders eifrige Parteigänger des US-Imperialismus zu profilieren suchen.

Keine ernsthafte Debatte gab es nach der Bundestagswahl in der Parteiführung zur Orientierung im Wahlkampf auf »Rot-Rot-Grün« und aufs Mitregieren in einem »Linksbündnis«. Einige Politiker verteidigen diesen Kurs sogar besonders militant, indem sie die Kritiker dieser Politik als hoffnungslose Sektierer hinstellen. Sie und andere sorgen dafür, dass in der Partei die Einschätzung des Erfurter Programms von der »herrschenden Politik, die sich den Interessen der Konzernchefs und Vermögensbesitzer untergeordnet« hat², nicht mehr gilt. Es dominiert die herrschende Vorstellung von einer »gestaltenden Demokratie«. Danach ist Staatspolitik eine Willensfrage: das Resultat von »Schnittmengen« und Übereinkünften. Eine Kapitalherrschaft gibt es ebenso wenig wie »Parteien, die sich devot den Wünschen der Wirtschaftsmächtigen unterwerfen und deshalb kaum unterscheidbar sind«.³ Die politischen Zustände können aus der neuen Sicht, die die Erkenntnisse des Erfurter Programms unbeachtet lässt, weder begriffen noch verändert werden.

Geschlossenheit statt Kritik

Für Dietmar Bartsch war schon am Abend des 26. September in seinem Statement nach Bekanntgabe der ersten Hochrechnungen gegenüber dem ZDF die Sache klar: »Das lag nicht am Wahlkampf.« Gelegen habe es an der »Zerstrittenheit« der Partei. Nur konsequent aus dieser Sicht ist es, den »Neustart« vor allem als Erreichen von »Geschlossenheit« zu verstehen. Zu klärende inhaltliche Fragen bleiben außen vor.

Die beiden Parteivorsitzenden und der Parteivorstand haben zur Niederlage und deren Ursachen mehrfach Stellung genommen. Dabei ist ein Verharren in Allgemeinplätzen nicht zu übersehen. Im Mitgliederbrief der Vorsit-

1 Vgl. Nico Popp: Rechte Hegemonie, junge Welt, 23./24.10.2021

2 Programm der Partei Die Linke, Beschluss der 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei Die Linke am 21. bis 23. Oktober 2011, Erfurt, Präambel

3 Ebd.

zenden von Anfang Oktober wird gesagt: »Wir haben zu wenig überzeugen können, dass der bessere Weg mit den Linken zu gehen wäre.«⁴ Früher hieß das, wir haben zuwenig »agitiert«. In den Beschlüssen des Parteivorstandes vom 3. und vom 24. Oktober ist davon die Rede, »uns grundlegende Fragen zu stellen« und eine »Neuaufstellung« vorzunehmen. Bei näherem Hinsehen geht es dann aber vor allem um eine engere und bessere Abstimmung »zwischen Parteivorstand und Fraktion« sowie »innerhalb der Bundestagsfraktion«.

Susanne Hennig-Wellsow bleibt bei ihrer im Wahlkampf eingenommenen Haltung, dass die Orientierung aufs Mitregieren mit SPD und Grünen korrekt war. Die Partei habe die »richtige Frage, nämlich die soziale, in den Mittelpunkt unseres Wahlkampfes gestellt«. Im übrigen gebe es Menschen in der Partei, »die im Ton überziehen«. Aufklärung sei notwendig, aber es »kommt darauf an, sie fair zu führen«, eben »nicht in der Konfrontation, sondern im zugewandten Streit«.⁵ Der Pelz soll gewaschen werden, aber nass werden darf er nicht.

Differenzierter lässt sich Bernd Riexinger vernehmen. Er reiht sich dann aber doch in den allgemeinen Trend eines Plädoyers für Geschlossenheit ein. Die »negativen Krisen und neuen Kriegsgefahren« sollten »auf der Höhe der Zeit« analysiert werden. Die »Regierungsdebatte« habe sich »erst einmal« erledigt. Am »Engagement der Partei« habe es nicht gelegen. Es gehe auch nicht um »Schuldfragen« und »nicht in erster Linie um programmatische Fragen«. Das Verhältnis von Fraktion und Partei müsse »auf neue Füße gestellt werden«.⁶

Ursachendebatte von links

Solide ist der »Wahlbericht« der Rosa-Luxemburg-Stiftung von Horst Kahrs. Die Partei habe, so Kahrs, »kein strategisches Ziel und kein Selbstverständnis entwickelt«. Die nicht zu übersehenden »wahltaktischen Schwächen« seien »nur die Folge tiefergehender Probleme und anhaltender strategischer Schwächen« gewesen.⁷ Analysen und Schlussfolgerungen des Ältestenrates und von linken Zusammenschlüssen gehen in die gleiche Richtung. Sie finden allerdings bisher überwiegend außerhalb der offiziellen Parteidebatte statt. Der Ältestenrat hatte sich schon Ende 2019 im Zusammenhang mit der damals angelaufenen Strategiedebatte dahingehend geäußert, dass Mitglieder und Wähler »eine fortlaufende Anpassung an und Teilhabe in politischen Herrschaftsstrukturen« wahrnahmen und beklagten.⁸ Am 2. November 2021 bat Hans Modrow den Parteivorstand um Prüfung, »ob er weiter in seiner Funktion gefragt sei. Er begründete das damit, dass es seitens der Parteiführung auf die Hinweise zur Strategie und zur Parteientwicklung »kein konstruktiv-kritisches Handeln« gegeben habe.¹⁰

Nach der Erklärung des Marxistischen Forums vom 7. Oktober 2021 ist die Hauptursache der Niederlage der Umstand, dass die Partei nicht mehr glaubhaft daherkomme »als die Partei, die die Sorgen der Arbeiterinnen und Arbeiter und sozial Benachteiligten ernst nimmt«.¹¹ Ähnlich sah das Sahra Wagenknecht am Wahlabend, als sie davon sprach, »dass sich die Linke immer weiter von dem entfernt hat, wofür sie eigentlich gegründet wurde«, nämlich als »Interessenvertreterin« von Lohnabhängigen und Rentnern. Der drastische Rückgang der Stimmen von Arbeitern, Angestellten und auch von gewerkschaftlich organisierten Lohnarbeitern bestätigte diese Einschätzung.¹²

Volker Külow und ich haben im Newsletter des Liebknecht-Kreises Sachsen vom 10. Oktober 2021, aber auch schon während des Wahlkampfes in der jungen Welt vom 7. September darauf aufmerksam gemacht, dass in der Abkehr der Lohnarbeiter von der Linkspartei und in anderen wahlstrategischen »Fehlern« der Linkspartei eine Veränderung ihrer Existenzweise in Richtung der Anpassung an den allgemeinen Politikbetrieb erkannt werden muss.¹³

4 Alle hier und im folgenden zitierten Stellungnahmen zur Wahlniederlage sind auf der Internetseite des Liebknecht-Kreises Sachsen zu finden: <https://www.dielinke-sachsen.de/partei/parteistruktur/weitere-strukturen/lks/>

5 Susanne Hennig-Wellsow: Regieren heißt nicht, Grundsätze aufzugeben, Neues Deutschland, 29.8.2021

6 Bernd Riexinger: Thesen zur Auswertung der Bundestagswahl und erste Schlussfolgerungen, 19.10.2021

7 Horst Kahrs: Die Linke braucht mehr als einen Neustart, Neues Deutschland, 27.9.2021

8 Position des erweiterten Leitungskollektivs des Ältestenrates zur Strategiedebatte in unserer Partei, 30.10.2019

9 Die Linke: Ältestenrat gegen »Weiter so«, junge Welt, 6.10.2021

10 Eine bittere, vermeidbare Niederlage: Die Linke um die Achse einer linken populären Politik neu ausrichten, Erklärung des Sprecherinnenrats des Marxistischen Forums in der Partei Die Linke, 7.10.2021

11 Zitiert nach Luisa Hofmeier: Fast auf dem Niveau einer Kleinpartei, Die Welt, 27.9.2021

12 Von Arbeitern und Angestellten erhielt Die Linke jeweils fünf Prozent der Stimmen (2017 waren es noch zehn bzw. neun Prozent), von Gewerkschaftsmitgliedern 6,6 Prozent (2017: 11,8 Prozent). Lediglich der Stimmenanteil bei den Arbeitslosen blieb mit zwölf Prozent auf dem gleichen Niveau wie 2017. Vgl. Horst Kahrs: Die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag am 26. September 2021, Wahlbericht. Erste Deutungen und Hintergründe des Wahlverhaltens, 27.9.2021, Rosa-Luxemburg-Stiftung

13 Volker Külow, Ekkehard Lieberam: Rot und rosé. Das »Sofortprogramm« der Regierungslinken hakt sich devot bei SPD und Grünen unter, junge Welt, 7.9.2021

In der Integrationsfalle

Die allgemeine Ursache für das Ende des systemoppositionellen Charakters der Partei Die Linke liegt, wie Wolfgang Abendroth schon vor mehr als 40 Jahren in Zusammenhang mit der frühen Geschichte der SPD nachgewiesen hat¹⁴, in der Integrationskraft der parlamentarischen Demokratie. Gerade bei erfolgreichen Parteien führt diese heute innerhalb weniger Jahre zu einer anwachsenden Sozialschicht mit eigenen Interessen in einer linken Partei, die sich von den Interessen der Lohnarbeiter deutlich unterscheiden.

Die öffentlichen Zuwendungen an Parlamentsparteien verbinden sich mit vielfältigen Möglichkeiten der Ämterpatronage im Parteienstaat. Gelder der staatlichen Politikfinanzierung in Form von Diäten, Fraktionsgeldern, staatlicher Parteienfinanzierung und finanzieller Mittel für die Parteienstiftung summierten sich 2019 bei der Linkspartei auf Bundesebene auf deutlich mehr als 100 Millionen Euro. Mehrere tausend Parteiarbeiter, Abgeordnete, deren Mitarbeiter, Fraktions-, Stiftungs- und Regierungsangestellte sowie politische Beamte insgesamt leben inzwischen von der Partei, erweisen sich als »Träger der Integrationsideologie« (Abendroth) und verändern die Existenzweise der Partei.

Keineswegs automatisch, aber doch als Trend tendiert eine systemoppositionelle Partei alsbald dazu, sukzessive zu einer systemkonformen Staatspartei zu werden. Bei der PDS hat das etwa zehn Jahre gedauert, bei der Partei Die Linke ebenso lang. Abgeordnete der Partei »erkranken« am parlamentarischen Kretinismus. Die Partei gibt das Primat des außerparlamentarischen Kampfes auf und strebt statt dessen auf allen Ebenen nach Regierungsbeteiligung. Sie öffnet das Tor für entsprechende Ideologien der »Mitgestaltung« mittels Regieren. Einzelne ihrer politischen Führer grenzen sich von dem »Despoten« Wladimir Putin ab, reden von »unseren Soldaten« in der Bundeswehr, beginnen sich mit den »Menschenrechtlern« in Moskau, Havanna und Hongkong zu solidarisieren. Immer mehr begibt sich die Partei in die Integrationsfalle.

Die Wandlung hin zur Regierungspartei im Wartestand auch im Bund ist der letzte Akt dieses Wandlungsprozesses. Das Andienen bei SPD und Grünen im Wahlkampf und Abstriche bei der Opposition im Parlamentsbetrieb (gegen das Kriegsbündnis NATO, gegenüber Forderungen nach Enteignung der »Miethaie«, bei der Übernahme des offiziellen Politik- und Demokratiebegriffs und der Distanzierung vom »Unrechtsstaat DDR«) sind Erscheinungsformen der sich an die Herrschaftsstrukturen anpassenden Existenzweise der Partei.

Es ist richtig, die konkreten »wahlstrategischen Fehler« bei der Diskussion um die Ursachen der Niederlage zu nennen. Alexander Neu sprach zu Recht davon, dass die Partei im Wahlkampf »Positionen zur Disposition gestellt habe, bevor es überhaupt zu Verhandlungen gekommen ist.«¹⁵ Diese und andere wahlstrategische Fehler aber sind eben nur die Erscheinungsformen tiefergehender Veränderungen. Wir müssen sie als Konsequenz der Abkehr von der gesellschaftsstrategischen Orientierung des Erfurter Programms erkennen. In der gesellschaftsstrategischen Debatte der Linken im Jahre 2020 merkte Friedrich Wolff an: »Aber sind wir noch eine sozialistische Partei? Nach unserem Programm sind wir das, unserer Tagespolitik merkt man es jedoch nicht an. Das ist unser Problem. Der Wähler erkennt unseren sozialistischen Charakter nicht mehr. Wir haben ihn versteckt. Das führt auf die Dauer zu unserem Untergang.«¹⁶

Kein Grund für Optimismus

Aus dieser Sicht wird deutlich, dass der nach dem 26. September eingeschlagene Weg zur »Geschlossenheit« der Partei keine Rettung bringen kann. Eine Rückkehr zu einer Partei, die mit dem strategischem Anspruch der Veränderung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse die Interessen der Lohnarbeiter vertritt und in Opposition nicht nur zur jeweiligen Bundesregierung, sondern zum kapitalistischen Gesellschaftssystem steht, ist so nicht möglich. Es muss alles dafür getan werden, dass Die Linke sich mit ihren Möglichkeiten als Bundestagspartei in den kommenden sozialen Kämpfen, in den Bündnissen gegen eine ökologische Katastrophe und in der Friedensbewegung gegen den Kollisionskurs der USA gegenüber China und der Russischen Föderation engagiert. Aber in dieser Hinsicht optimistisch zu sein fällt schwer.

junge Welt – 22.11.2021, S. 13 f.

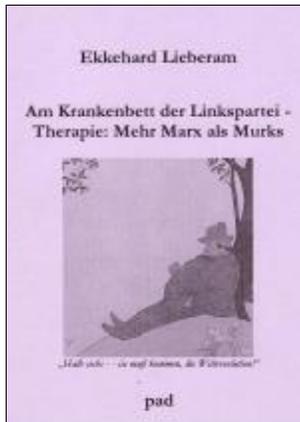
► *auf den folgenden Seiten finden Sie Hinweise auf Analysen von Ekkhard Lieberam – sozusagen „versäumte Lektionen“ der LINKEN:*

14 Wolfgang Abendroth: Aufstieg und Krise der Sozialdemokratie, Bonn 2006, CD-Rom, S. 42

15 Alexander Neu: Woran hat's gelegen, Interview, Unsere Zeit, 8.10.2021

16 Friedrich Wolff, in: Beiträge zur Strategiekonferenz, 29.2.–10.3.2020, Die Linke, Kassel, Reader, S. 556

Aus unserem Programm



Ekkehard Lieberam:

Am Krankenbett der Linkspartei - Therapie: Mehr Marx als Murks

81 Seiten, 6 €

INHALT: Opfer eines um Marx verkürzten Staatsbegriffs / Mobbing und Orientierungskrise im Glaubenskrieg / Kurze Geschichte der „Klasse für sich selbst“ / Aufstieg und Krise der PDS / Linkspartei zwischen Integration und Gegenmachtstrategie / Klassenpolitik und Klassenpartei / Aufstehen, um Klassenmachtverhältnisse zu ändern

Die Linke ist mit einer zunehmenden rechtspopulistischen und antidemokratischen Bewegung konfrontiert, aber auch mit einem im Sinne der Herrschenden funktionierenden parlamentarischen Regierungssystem. Bislang konnte sie keinen gesellschaftlichen Aufbruch zustande bringen.

Ekkehard Lieberam: „*Konfrontiert über mehr als zehn Jahre hinweg mit der enormen Integrationskraft des parlamentarischen Regierungssystems in der Bundesrepublik ist die Linkspartei mittlerweile auch eine Institution der Vertreterdemokratie mit Gebrauchswert für das Kapital geworden und nur noch begrenzt eine Kampforganisation des Klassenwiderstandes. Als Regierungspartei hat sie direkten Anteil an der Durchsetzung der neoliberalen Politik und verkündet gar geringe Verbesserungen als linke Politikgestaltung. Regierungsbeteiligungen erwiesen sich als Integrationsfällen.*“

Neben politischen Intrigen und politischen Scharmützeln ihrer gewerbsmäßigen Parlamentarier dominieren „flügelübergreifend“ Illusionen eines Politikwechsels ohne gesellschaftlichen Systemwechsel. („Statt den politischen Gegner zu nerven, nerven sie sich vorrangig selbst.“)

Die vorliegende Veröffentlichung entstand in Sorge um die weitere Entwicklung der Linkspartei und der gesellschaftlichen Entdemokratisierung.

„*Einer der gründlichsten Kenner der Geschichte der Partei DIE LINKE ist Ekkehard Lieberam ...In kenntnisreicher Weise und mit theoretischem Tiefgang zeichnet Lieberam in einer Art Soziologie der Krise den Weg der PDS bis zu ihrer Vereinigung mit der WASG und dann zur Linkspartei nach. Dabei wird deutlich, dass es die Linkspartei nicht vermocht hat, den Entwicklungsprozess umzukehren, der den Niedergang der PDS bestimmte. Die Linke geht selbst diesen Weg. Zusammen mit der Führungskrise gabe es noch eine Orientierungskrise, die vor allem im Konzept des Mitregierens der Führung der Linkspartei ihre Ursache habe. Diese sei 'ein aktuelles Beispiel für eine Hinwendung einer Partei der Lohnabhängigen, die die Systemfrage stellt, zu einer systemkonformen Parlamentspartei, die sich in das parlamentarische Regierungssystem einordnet, das nicht zuletzt die Funktion hat, die Klassenkonflikte zu verschleiern und zu befrieden.' Der Widerspruch zwischen Integration und Gegenmachtstrategie durchdringt die Politik beider Parteien. Die Losung ‚mehr Rameow wagen‘ ist mit Linksblinken und Systemkritik schlecht vereinbar. Die streitbare Schrift von Ekkehard Lieberam kennzeichnet eine hohe Informationsdichte, zudem ist sie sehr verständlich geschrieben. Allein das in ihr veröffentlichte Zahlenmaterial, das quantitativ belegt was qualitativ behauptet wird, ist das Studium des Textes wert.*“

(aus der Rezension von Herbert Münchow)



Ekkehard Lieberam:

Integrationsfalle (Mit-)Regieren „Wild nicht erlegt – dafür Flinte verloren“

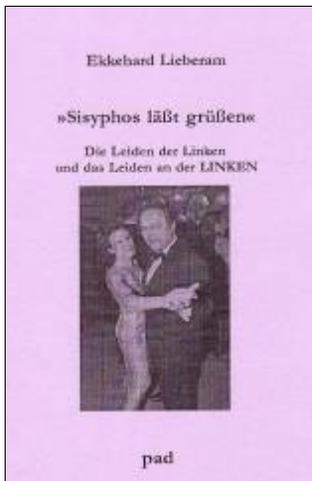
65 Seiten, 6 €

Wenn über Regierungsbeteiligung unter Linken und in der LINKEN geredet wird, sollte man vorher über die wichtigsten Erfahrungen mit dem parlamentarischen Regierungssystem in der deutschen Parteien- und Parlamentsgeschichte nachdenken. Nur dann wird deutlich, dass es seit den Anfängen dieser Geschichte einige sehr eindeutige politische Phänomene und Erkenntnisse gibt, die bedeutsam auch für die Gegenwart sind, aber in der heutigen Regierungsbeteiligungsdebatte kaum eine Rolle spielen. Sie entzaubern die heutigen Regierungslinken als weltfremde Politiker oder bewusste Rosstäuscher.

Ohne Beachtung geschichtlicher Erfahrungen aber gleicht die aktuelle Debatte in der LINKEN um den Sinn und die Folgen von Regierungsbeteiligung der Verteidigung einer schlechten Theorie, zu der die Fakten nicht passen, die geschichtslos, voller Illusionen und nicht in der Lage ist, Richtschnur für eine tragfähige Praxis antikapitalistischer Politik und Strategie zu sein.

Ekkehard Lieberam: „Man kann als linker Tiger im Wahlkampf antreten und wird am Tag nach der Wahl als Bettvorleger landen, wenn man denn Regierungspartei wird. Darin eben besteht die Integrationsfalle des parlamentarischen Regierungssystems“, das sich im 20. Jahrhundert auch in Deutschland „zu einem funktionsfähigen politischen Regulierungsmechanismus“ entwickelte, „um linke systemoppositionelle Kräfte zu domestizieren“.

INHALT: Theorie bedarf geschichtlicher Erfahrungen / Integrationskraft des parlamentarischen Regierungssystems / Zwischen Gegenmacht und Regierungsbeteiligung / LINKE-Regierung in Thüringen als „Paukenschlag“ / Statt Verteidigung der DDR Kriminalisierung / Neoliberalismus mit menschlicherem Antlitz / „r2g“ im Bund: eine politische Großkatastrophe / Linke Regierungsbeteiligungsdebatte 1899 bis 2016 (Auszüge)



Ekkehard Lieberam:

**»Sisyphos läßt grüßen«
Die Leiden der Linken und das Leiden an der LINKEN**

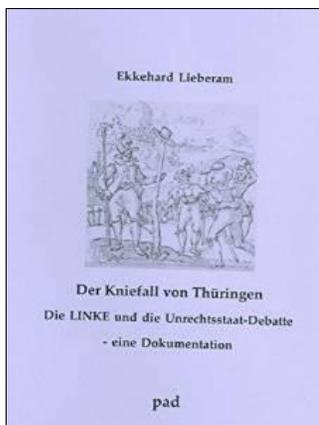
73 Seiten, 6 €

Es ist wie in der altgriechischen Legende von Sisyphos. Engagierte Linke aus PDS, SPD und den Gewerkschaften haben in den Jahren des Kampfes gegen die Agenda 2010 den „Stein“ einer kämpferischen linken Partei den Berg hinauf gerollt. Seit einigen Jahren rollt er wieder nach unten. Nur noch in ihrem Programm und hin und wieder in ihrer Strategiedebatte ist DIE LINKE noch eine Partei, die die Eigentums- und Systemfrage stellt. In ihrer Tagespolitik merkt man das nicht mehr. Sukzessive geht sie den Weg der Anpassung und des Brückenschlages zum herrschenden Politikbetrieb. Sie ist weitgehend angekommen im täuschenden Schein eines politischen Systems, das sich Demokratie nennt, dessen Institutionen aber vom Kapital kontrolliert werden.

An die Stelle einer klassenpolitisch-kämpferischen Grundhaltung tritt die Teilhabe am Politikgeschäft. Selbst die NATO-Mitgliedschaft soll hingenommen werden, wenn denn damit eine Regierungsbeteiligung im Bund erreicht werden kann (so ihr Bundestags-Fraktionschef Dietmar Bartsch Ende 2019).

Ekkehard Lieberam verfolgt diesen Anpassungsprozess der Linkspartei seit vielen Jahren. Er plädiert im Sinne von Wolfgang Abendroth (hinsichtlich der SPD in den fünfziger Jahren) nach wie vor für ihre Nutzung als „Operationsbasis“ für linke Politik. In den ausgewählten Texten dieser Artikelsammlung aus der Zeit zwischen 2016 und 2020 weicht er aber auch der Frage nicht aus, dass die abhängig Arbeitenden im 21. Jahrhundert letztendlich eine Linkspartei brauchen werden, die tatsächlich diesen Namen verdient.

INHALT: Der Thüringer Rechtsaußen-Putsch / Zur gesellschaftlich-historischen Einordnung der Linken / Für eine Linkspartei, die diesen Namen verdient / »Prekarierte Schichten betreten die politische Bühne« / Auch mal mit Nagelschuhen übers politische Parkett gehen / Rotlicht: Millanderismus / Ideologieggeschichte und Sammlungsbewegung / Aufstehen: Ein politisches Großexperiment / Was ist eigentlich bei der Linkspartei los? / Über den Autor



Ekkehard Lieberam:

Der Kniefall von Thüringen - Die LINKE und die Unrechtsstaat-Debatte – eine Dokumentation

70 Seiten, 6.-- €

INHALT: Eine rote Linie wurde überschritten / Die Dokumente aus Thüringen / Stellungnahme führender Politiker der LINKEN / Proteste von Zusammenschlüssen, Organisationen und Mitgliedern / Pro und Contra in der öffentlichen Debatte / Die neunziger Jahre: gegen Kampfbegriffe des Kalten Krieges / Begrifflichkeit: Rechtsstaat, kein Rechtsstaat, Unrechtsstaat / Strafrechtliche Aufarbeitung „hinter den Erwartungen“ / Recht und Unrecht, Rechtsstaat und Unrechtsstaat im Alltagsdenken

25 Jahre nach der „Wende“ hat sich die Partei Die Linke den politisch-moralischen Kampfbegriffen der Sieger im Kalten Krieg gegen den Realsozialismus unterworfen. Die vier Vertreter der LINKEN in den Sondierungsgesprächen über eine Regierungskoalition in Thüringen haben am 23. September 2014 sowohl der Kriminalisierung der DDR als „Unrechtsstaat“ als auch den Forderungen von Bündnis-grünen und SPD, nun mit dessen „Aufarbeitung“ so richtig loszulegen, zugestimmt. Die Bundespartei-vorsitzende Katja Kipping ist sehr einverstanden, Gregor Gysi und andere nehmen es mit Vorbehalt hin oder schweigen dazu ... Der Parteivorstand bekundet Verständnis „für die unterschiedlichen Bewertungen“ der DDR. Der Widerstand in Ostdeutschland von unten ist deutlich. Widerstand aus den Vorstandsetagen der LINKEN ist beachtenswert, aber allzu gering. Ein großer Teil des „ostdeutschen Volkes“, nach Umfragen bis zu 58 Prozent, lehnt die Charakterisierung der DDR als „Unrechtsstaat“ ab.

Die LINKE nimmt so Abschied von einem ihrer bisherigen wichtigsten Alleinstellungsmerkmale: den der differenzierten und gerechten Bewertung der DDR und der kritischen Sicht auf den BRD-Staat. Sie verbeugt sich vor dem „Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland“ und dem Unrecht, das in dessen Namen begangen wurde und wird.

Warnungen von Historikern, Urteile über die Geschichte nicht Politikern zu überlassen und nicht mit einem ideologisch geprägten Propagandabegriff, eine abgewogene Wertung der DDR unmöglich zu machen, werden beiseite geschoben.